

Nachgefragt bei dbb Chef Klaus Dauderstädt:

Was ist staatstragender als die Verteidigung der Verfassung?

Turbulente Zeiten für den dbb beamtenbund und tarifunion: Die Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder ist noch keine zwei Monate her. Bei der Post und im Sozial- und Erziehungsdienst kämpfen die Beschäftigten mit (Warn-)Streiks gegen Überlastung und für mehr Wertschätzung. Nicht zuletzt führt die dbb Mitgliedsgewerkschaft GDL seit Monaten eine harte Tarifeinmündersetzung bei der Deutschen Bahn. Das alles vor dem Hintergrund des Tarifeinheitsgesetzes, das der Bundestag gerade verabschiedet hat. Das dbb magazin sprach mit dem Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt über die aktuelle Lage.

dbb magazin

Herr Dauderstädt, in den letzten Wochen gab es einige öffentlichkeitswirksame Streiks mit dbb Beteiligung: bei der Bahn, der Post und im Sozial- und Erziehungsdienst. Man könnte fast vergessen, dass die Mehrheit der dbb Mitglieder Beamte sind, die gar nicht streiken dürfen, oder?

Dauderstädt

Richtig ist, dass die Streiks bundesweit großes mediales Interesse bekommen. Das heißt aber nicht, dass wir im Beamtenbereich untätig sind. Erstens sind auch bei der Bahn und bei der Post immer noch Beamte im Einsatz, die von unseren Mitgliedsgewerkschaften betreut werden. Zweitens wird in einigen Bundesländern immer noch um die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Landesbeamten gerungen. Darüber wird dann eben auch eher auf Landesebene berichtet, wo die dbb Landesbünde für gute Ergebnisse kämpfen.

dbb magazin

Stichwort „Medien“: Claus Wesselsky dürfte der bekannteste stellvertretende dbb Bundesvorsitzende aller Zeiten sein. Im November 2014 führten wir ein längeres Gespräch über den Streik der GDL und die Rolle des dbb*. Sie haben für Soli-

* <http://goo.gl/FKe8cx>



Jan Brenner

darität geworben. Haben Sie diese Haltung angesichts der Berichterstattung über den Bahnstreik jemals bereut?

Dauderstädt

Nein, an meiner Position hat sich nichts geändert: Ich habe nach wie vor großes Verständnis für den Ärger der Bürger, die vom Streik betroffen waren. Aber ich sage auch weiterhin, dass die Arbeitgeber mit ihrer „Verhandlungstaktik“ der GDL kaum eine Alternative gelassen hat. Denn lange Zeit wurde – wir haben es immer wieder betont – nicht über Inhalte verhandelt. Die Bahn hatte sich darauf versteift, keine konkurrierenden Tarifverträge haben zu wollen. Es ging also um das „ob“, nicht um das „wie“. Für die GDL und auch für den dbb

mit seinen Mitgliedsgewerkschaften eine nicht hinnehmbare Situation. Auch wenn wir uns stets um Kooperationen mit anderen Gewerkschaften bemühen, darf daraus niemals ein Zwang werden. Ihren Verhandlungsanspruch musste die GDL durchsetzen, das hat der dbb unterstützt, auch wenn die Eskalation nicht leicht auszuhalten war.

dbb magazin

Es kam aber auch viel Kritik aus der Mitgliedschaft und sogar Austritte hat es gegeben. Haben Sie die Einstellung unter den Mitgliedern, von denen viele den dbb ursprünglich als eher staatstragenden und konsensorientierten Dachverband kennengelernt haben, falsch eingeschätzt?

Dauderstädt

Es haben uns tatsächlich viele Zuschriften dieser Art erreicht. Das macht mich einerseits betroffen, andererseits auch ärgerlich. Es ist ja richtig: Solche massiven Arbeitskämpfe der eigenen dbb Familie, unter denen man vielleicht sogar persönlich leidet, sind schwer zu ertragen. Das ist nachvollziehbar und dennoch macht mich jeder einzelne Austritt betroffen. Andererseits ärgert mich der Vorwurf, wir seien nicht konsensorientiert oder wenig staatstragend. Das Tarifeinheitsgesetz ist ein Frontalangriff auch auf den dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften. Wer jetzt noch auf Kuschelkurs geht, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Was kann denn im besten Sinne staats-

tragender sein, als unsere in der Verfassung garantierten Rechte zu verteidigen?

dbb magazin

Kämpferische Worte. Trotzdem haben Sie sich hinter den Kulissen um eine Vermittlung bemüht. Ist das nicht widersprüchlich?

Dauderstädt

Nein. Man kann hart in der Sache sein und trotzdem an einer Lösung arbeiten. Ich wollte verhindern, dass der Gesprächsfaden abreißt. Die Standhaftigkeit von Claus Weselsky war wichtig. Schließlich waren die Verhandlungen aber an einem Punkt angekommen, an dem eine neutrale Person als Vermittler hilfreich ist. Die Bahn wollte ja früh eine Schlichtung, der sich die GDL auch, anders als medial oft dargestellt, nie verschlossen hat, falls bestimmte Kriterien erfüllt sind. Deshalb

wurde vereinbart, mit Klaus Bepler einen Experten hinzuzuholen. Das hat funktioniert.

dbb magazin

Auch wenn es bei der Bahn nun in die Schlichtung geht: Das Tarifeinheitsgesetz wurde vom Bundestag trotz zahlreicher Proteste verabschiedet. Was hindert Arbeitgeber daran, erneut so eine Situation herbeizuführen?

Dauderstädt

Wir, der dbb. Gemeinsam mit unseren Mitstreitern, wie dem Marburger Bund, dem Deutschen Journalisten-Verband oder Cockpit. Wir ziehen vor das Bundesverfassungsgericht, und ich bin immer noch überzeugt, dass das Gesetz dort scheitern wird.

dbb magazin

Diese Überzeugung teilen Sie mit vielen namhaften Verfassungsexperten. Warum bringt

das Parlament das Gesetz trotzdem auf den Weg?

Dauderstädt

Die Arbeitgeberverbände wünschen sich ein solches Gesetz schon lange, leider auch Teile des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die einen haben Angst vor Wettbewerb, die anderen wollen die Einheitsgewerkschaft. Warum die Koalition sich trotz unserer Warnungen darauf eingelassen hat, müssen Sie die Unionsparteien und die SPD fragen.

dbb magazin

Wie wird die Politik reagieren, wenn das Gesetz tatsächlich scheitert? Es gibt ja bereits Initiativen, in den Bereichen der Daseinsfürsorge eine Zwangsschlichtung einzuführen.

Dauderstädt

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht unsere Posi-

tion bestätigt, bleibt viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Wir müssen die Politik zum Beispiel daran erinnern, dass viele der derzeitigen Probleme wie etwa bei der Post und der Bahn ein Stück weit hausgemacht sind und sich in deren Privatisierung auch Ursachen für die Zunahme von Arbeitskämpfen finden. Unsere Sozialpartnerschaft funktioniert ohne Eingriffe ins Arbeitskampfrecht wie Zwangsschlichtungen. Für eine funktionierende Daseinsvorsorge brauchen wir einen starken, modernen öffentlichen Dienst. Und ein starker öffentlicher Dienst braucht ein starkes, modernes Berufsbeamtentum, insbesondere für die hoheitlichen Aufgaben. Dafür muss der gesamte dbb kämpfen.

Das Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden führte Michael Eufinger.

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Reisekosten-, Umzugskosten-, Trennungsgeldrecht – Bund

Der Inhalt im Überblick:

- Vorschriftensammlung auf dem aktuellen Stand
- Reisekosten-, Umzugskosten-, Trennungsgeldrecht
- für In- und Ausland
- zahlreiche Erläuterungen
- Hinweise für die Abrechnungspraxis

Was Sie davon haben:

Das bewährte Kompendium ist eine praxisnahe Arbeitshilfe für Personal-sachbearbeiter, die Bundesrecht anwenden – beliebt auch bei Studierenden und Auszubildenden des öffentlichen Dienstes. Es bietet eine praktische Arbeitshilfe für alle Bediensteten in Reise- und Umzugskostenstellen. Die Textsammlung enthält neben den relevanten Gesetzen auch Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Tabellen und zahlreiche Erläuterungen.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.

257 Seiten

€ 29,90*

ISBN: 978-3-87863-191-0

* zuzügl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165
10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40

E-Mail: Kontakt@dbbverlag.de
Internet: <http://www.dbbverlag.de>

NEUERSCHEINUNG 2015



BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

Exemplar/e „Reisekosten-, Umzugskosten-, Trennungsgeldrecht – Bund“

Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.726 19 17-0, Fax: 030.726 19 17-40, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de